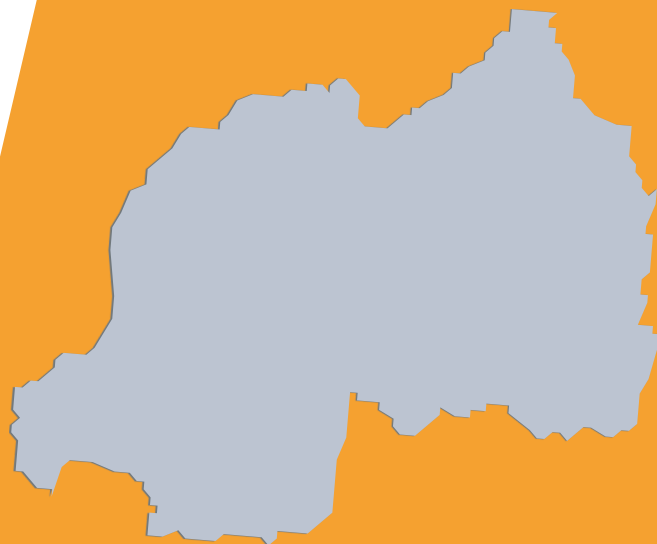


## Ruanda

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

---

**ZUSAMMENFASSUNG** **2**

---

**Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor** **5**

Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17
Diversität in den Sicherheitskräften	18

---

**Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts** **19**

Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	25
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	26
Bedrohung von Alliierten	28
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	29
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Ruanda ist kein zentrales Empfängerland deutscher Rüstungsexporte. So wurden zwischen 2000 und 2024 keine kompletten Großwaffensysteme nach Ruanda exportiert. Zuletzt wurden aus Deutschland Teile für Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge (2018) und ein Drohnerdetektions- und Abwehrsystem (2020) im Gesamtwert von 16,46 Millionen Euro importiert. Im Jahr 2022 wurde ein Ausfuhrantrag nach Ruanda in der Höhe von 7,36 Millionen Euro von der deutschen Regierung abgelehnt. Generell hat Ruanda in den letzten Jahren nur vereinzelt und in geringem Umfang Rüstungsgüter eingeführt. So nimmt es für den Zeitraum zwischen 2020 und 2024 lediglich den 80. Platz unter den weltweiten Rüstungsimporturen ein.

Im Bereich der schweren Waffen besitzt Ruanda keine eigene Rüstungsindustrie und nur sehr begrenzte Instandhaltungskapazitäten. Es ist daher weiterhin auf ausländische Importe angewiesen. In Kooperation mit einem israelischen Unternehmen stellt es allerdings Klein- und Leichtwaffen sowie Munition und taktische Ausrüstung her. Zentraler Akteur ist hier die Rwanda Engineering and Manufacturing Corporation (REMCO), welche dem Verteidigungsministerium untersteht. Ruanda suchte in den vergangenen Jahren auch weitere Partnerschaften im rüstungsindustriellen Bereich, bspw. mit der Türkei, Indien und Äthiopien. Wo möglich wird es in naher Zukunft seine rüstungsindustriellen Kapazitäten erweitern.

Die Rwandan Defence Forces (RDF) gelten weithin als eine disziplinierte und gut ausgebildete Armee, die sich zu einem zentralen Sicherheitsakteur, nicht nur in West-Afrika, entwickelt hat. Soldat:innen der RDF sind an einer Vielzahl an multilateralen Friedens- und Stabilisierungsmissionen, unter anderem in der Zentralafrikanischen Republik (MINUSCA), Sudan (UNISFA) und Südsudan (UNMISS), mit großen Kontingenten beteiligt. Sowohl das Heer als auch die Luftwaffe verfügen jedoch nur über eine sehr begrenzte Anzahl an schweren Waffen, die überwiegend als veraltet gelten.

Im Post-Genozid-Ruanda spielt das Militär gesellschaftlich eine sehr zentrale Rolle. Dies liegt zum einen daran, dass die Rwanda Patriotic Army (RPA) unter politischer Führung der Ruandischen Patriotischen Front (Rwandan Patriotic Front; RPF), den Genozid militärisch beendete. In Teilen der Bevölkerung genießen die aus der RPA hervorgegangenen Streitkräfte RDF daher bis heute eine Heldenrolle. Durch den Sieg übernahmen zum anderen auch Führungsfiguren der RPA – nicht zuletzt Präsident Paul Kagame – politische Führungspositionen und sorgten so für eine sehr enge Beziehung zwischen Regierung und Militär. Das Militär – insbesondere der Militärgeschwader DMI – ist auch an Repressionen gegen oppositionelle Kräfte beteiligt. So sind zwischen 2010 und 2016 diverse Fälle sowohl unrechtmäßiger Verhaftung als auch Folter von Regierungsgegnern dokumentiert.

Zentral für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung ist die Rwanda National Police (RNP), die im Jahr 2000 die drei an unterschiedlichen Ministerien angesiedelten Einheiten der Gendarmerie Nationale (Verteidigungsministerium), der Communal Police (Innenministerium) sowie der Judicial Police (Justizministerium) ablöste. Trotz diverser Schutzmechanismen kam es nach dem Human Rights Bericht des US State Department 2021 zu etlichen Fällen von tödlicher Polizeigewalt, die nicht untersucht wurden. Zudem sind diverse Vorkommnisse bekannt, bei denen Personen verschwanden, von Sicherheitskräften illegal inhaftiert

oder gefoltert wurden. Auch im Zuge der Maßnahmen der Covid-19-Pandemie kam es zu Polizeigewalt, illegalen Verhaftungen und sexuellen Übergriffen.

Frauen stellen 25,7 % der Rwanda National Police, sind jedoch in den Rwanda Defence Forces lediglich mit 7,0 % vertreten. Queere Menschen dürfen im Militär dienen, sofern sie ihre sexuelle Orientierung oder ihre Geschlechtsidentität nicht offenlegen.

## Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Die Ruandische Patriotische Front (RPF) dominiert das Land. Präsident Kagame wurde 2017 mit 98,8 Prozent der Stimmen wiedergewählt und könnte verfassungsgemäß bis 2034 regieren. Eine nennenswerte Opposition gibt es nicht.

Die Region der Großen Seen ist bis heute von den Folgen des ruandischen Genozids und der Kongo-Kriege geprägt und zählt zu den konfliktträchtigsten Regionen Afrikas. Besonders angespannt sind die Beziehungen zwischen Ruanda, Burundi und der Demokratischen Republik Kongo, die durch ethnisch geprägte Bedrohungsnarrative, grenzüberschreitende Milizen und staatliche Fragilität verstärkt werden. Seit 2022 eskaliert der Konflikt im Osten der DR Kongo erneut, vor allem durch das militärische Erstarken der von Ruanda unterstützten M23-Rebellengruppe, die 2025 strategisch wichtige Städte einnahm und damit das Risiko einer regionalen Ausweitung des Konflikts erhöhte. Während Ruanda seine Rolle zurückweist, sprechen UN-Berichte von direkter militärischer Unterstützung. Trotz punktueller Annäherungen, etwa mit Uganda, bleiben Grenzkonflikte und Sicherheitsbedrohungen zentral, weshalb regionale und bilaterale Mechanismen zur Konfliktvermeidung bislang nur begrenzte Wirkung entfalten.

Obwohl Ruanda der Mehrzahl der gängigen internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten ist, hat es bis heute den Internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014 nur unterschrieben, aber nicht ratifiziert. Gegenüber dem UN-Waffenregister UN-ROCA hat das Land 2001 seinen ersten und bisher einzigen Bericht eingereicht.

Das Land ist der Mehrzahl der wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen und allen relevanten internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Kriminalität ohne Einschränkungen beigetreten. Dennoch bestehen insbesondere im Bereich der Kriminalität noch große Herausforderungen, etwa im Menschenhandel. So beuten noch immer kriminelle In- und Ausländer Menschen in Ruanda als Zwangsarbeiter:innen in Haushalten, der Landwirtschaft, dem Bergbau und im Dienstleistungssektor aus oder bieten sie als Prostituierte in Hotels an. Auch liegen laut einem Bericht der UN-Expertengruppe für die DRC aus dem Jahr 2022 deutliche Hinweise für illegale Weitergabe von Waffen an bewaffnete Gruppen in der DRC vor.

Ruanda gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 1.040 US-Dollar (2024) zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index belegt es Platz 100 von 141 Staaten. Ruanda ist hoch verschuldet und gehört zu den ärmsten Ländern weltweit. Den Human Development Index Kategorien zufolge weist es 2021 eine „niedrige menschliche Entwicklung“ auf. Es zählt zu den sogenannten Least Developed Countries (LDC) und steht hinsichtlich der Erreichung zahlreicher Sustainable Development Goals vor erheblichen Herausforderungen. Während Ruanda in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 7,6 %/BIP ins Gesundheits- und 4,6 % ins Bildungssystem investierte, beliefen sich die Militärausgaben auf durchschnittlich 1,4 %. Die vergleichsweise niedrigen Militärausgaben kommen wahrscheinlich dadurch zustande, dass sich das Militär durch eigene ökonomische Aktivitäten aber auch UN-Missionen

querfinanziert. Die Daten sind daher mit Vorsicht zu genießen und die wahren Ausgaben dürften deutlich höher liegen. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 belegt Ruanda Platz 77 von 149 Staaten, was einer moderaten Militarisierung entspricht.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

**Tabelle 1**

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2024 (in Millionen Euro)*

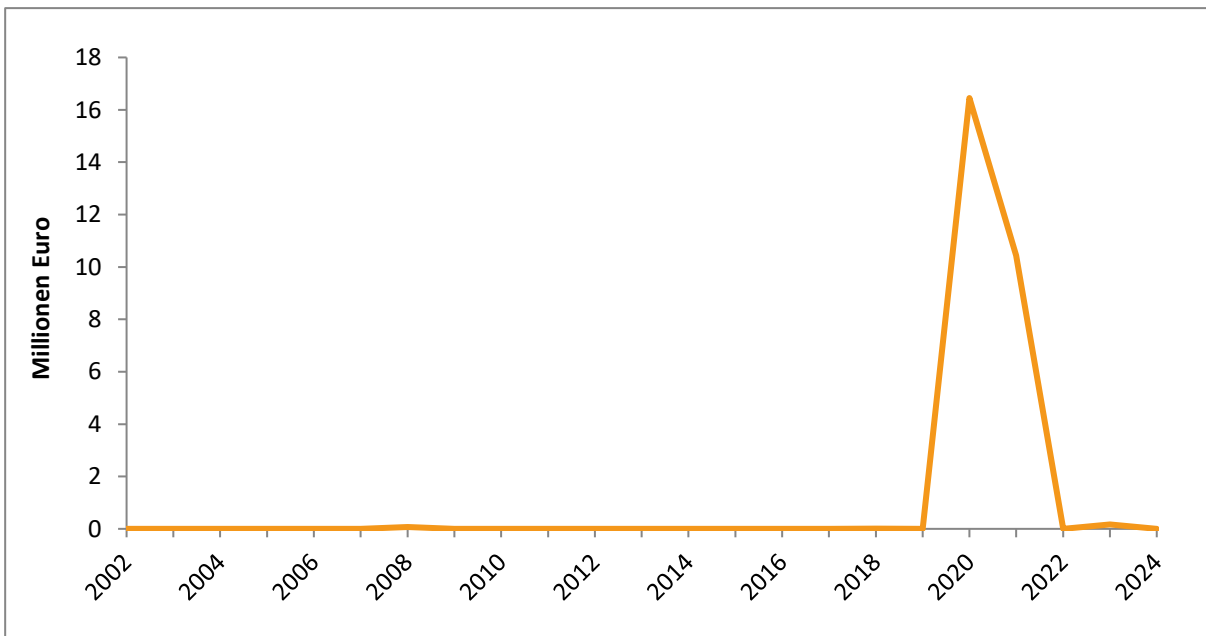
Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	---	---
2003	---	---
2004	---	---
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	Brückenpontons: 100%	0,07
2009	---	---
2010	---	---
2011	---	---
2012	---	---
2013	---	---
2014	---	---
2015	---	---
2016	---	---
2017	---	---
2018	Teile für Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 100%	0,014
2019	---	---
2020	Drohnerdetektions- und -abwehrsystem: 99,9%	16,45
2021	Drohnerdetektions- und -abwehrsystem: 86,9%	10,44

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2022	---	---
2023	Geländefahrzeug mit ballistischem Schutz [EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [EU-Delegation]: 100,0%	0,173
2024	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de/>

**Schaubild 1**

*Deutsche Rüstungsexporte, 2000–2024*



**Tabelle 2**

*Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Ruanda 2000-2024*

Da Deutschland zwischen 2000 und 2024 keine kompletten Großwaffensysteme nach Ruanda lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Exporten dorthin in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

**Tabelle 3**

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Ruanda 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	58	17	37	-	112

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

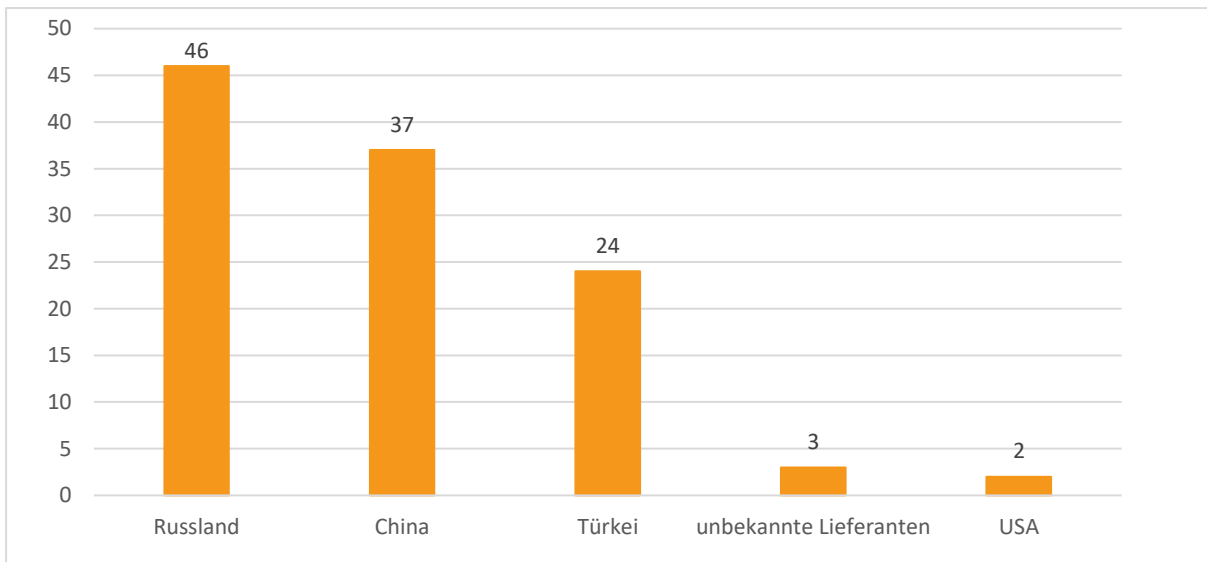
*Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Ruanda 2020-2024, Mio. TIV*

Da Deutschland zwischen 2020 und 2024 keine kompletten Großwaffensysteme nach Ruanda lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Exporten dorthin in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

## Schaubild 2

**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Kommentar zu den Waffenkäufen**

Ruanda importierte in den letzten Jahren nur vereinzelt und in geringem Umfang Rüstungsgüter. Für den Zeitraum zwischen 2020 und 2024 nimmt Ruanda den 80. Platz unter den weltweiten Rüstungsimporteuren ein.

Wichtigster Lieferant war in diesem Zeitraum **Russland**, was auf die Lieferung von vier im Jahr 2019 geordneten Mi-35M Kampfhubschraubern zurückgeht, die 2021 von Ruanda importiert wurden.

Zweitwichtigster Rüstungslieferant zwischen 2020 und 2024 war **China**. Aus China bestellte Ruanda wahrscheinlich drei mobile Raketensysteme des Typs Yitian inklusive mutmaßlich 50 Kurzstrecken Luft-Luft-Raketen TY-90. Beide Bestellungen wurden 2023 platziert.

Die **Türkei** als drittgrößter Rüstungslieferant Ruandas exportierte im genannten Zeitraum 49 gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs Hizir im Jahr 2021. Darüber hinaus lieferte die Türkei 2022 ca. 53 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Cobra-2.

An vierter Stelle der wichtigsten Rüstungslieferanten zwischen 2020 und 2024 liegen **unbekannte Lieferanten**. Im Jahr 2021 bestellte Ruanda wahrscheinlich 53 Dieselmotoren für den Einbau in die gepanzerten Cobra-2 Mannschaftstransporter aus der Türkei. Die Lieferung erfolgte 2022, allerdings liegen keine Informationen über den Ursprung der Motoren vor.

An fünfter Stelle folgen die **USA**, die 2021 zwei leichte Transportflugzeuge des Typs Cessna-208 Caravan lieferten, welche die ruandischen Streitkräfte logistisch bei UN-Missionen unterstützen sollen. Der vermutliche Gesamtwert beider Flugzeuge liegt bei 10 Millionen US-Dollar, sodass anzunehmen ist, dass es sich um eine Teilspende handelt, bei der die Differenz der Beträge durch den US-amerikanischen Staat beglichen wurden.

## Militärausgaben

**Tabelle 5**

**Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP**

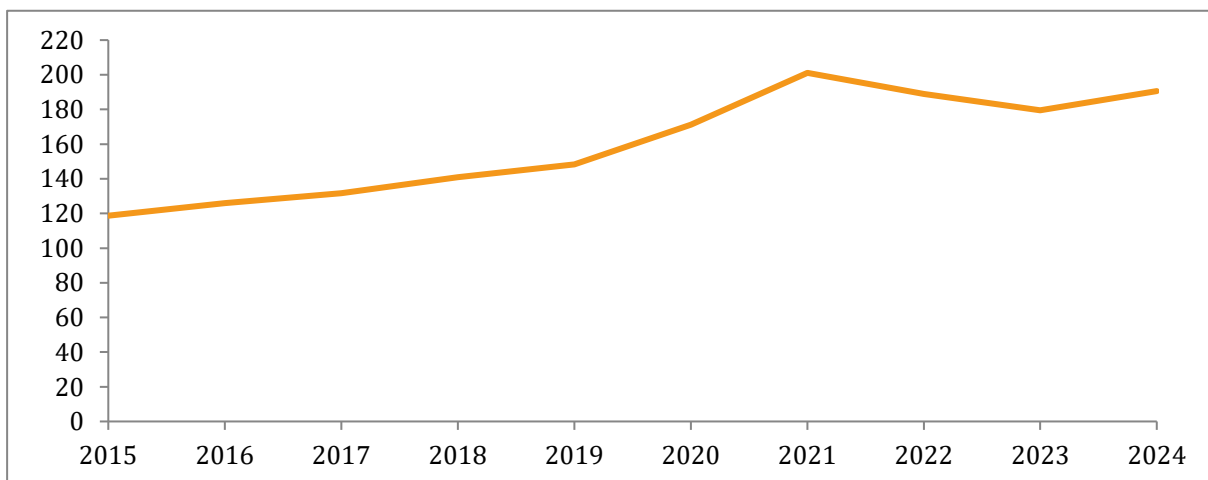
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	171	201	189	179	191
Anteil am BIP (in Prozent)	1,5	1,5	1,3	1,3	1,2
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	4,4	4,8	4,5	4,6	4,2

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

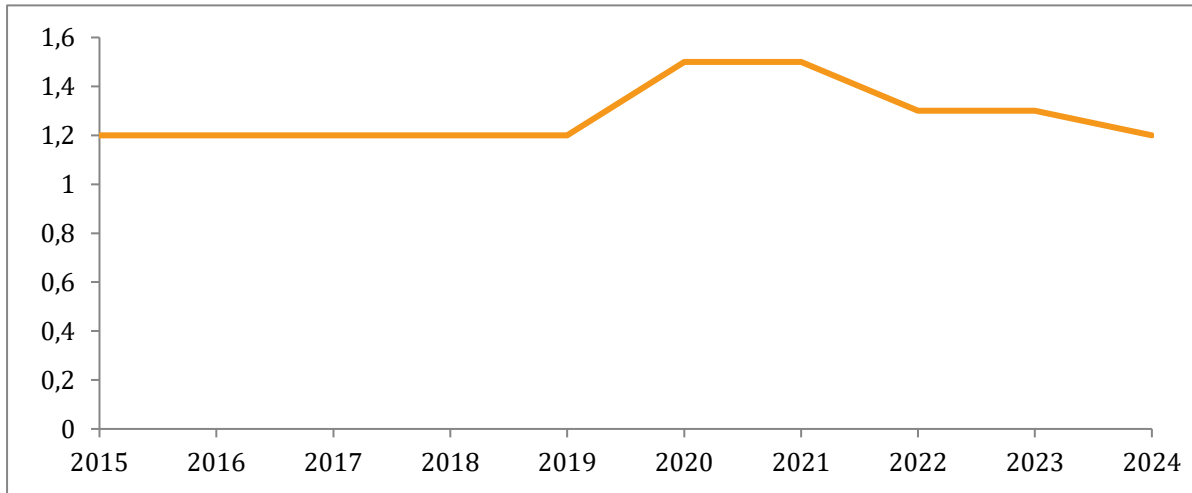
**Schaubild 3**

**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. US-Dollar**



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 4****Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2024 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Lokale Rüstungsindustrie**

Im Bereich der schweren Waffen besitzt Ruanda keine eigene Rüstungsindustrie und nur sehr begrenzte Instandhaltungskapazitäten. Es ist daher weiterhin auf ausländische Importe angewiesen. Im Mai 2025 überraschte Ruanda auf der „International Security Conference on Africa (ISCA)“ allerdings mit der Vorstellung von eigens in Ruanda produzierten Klein- und Leichtwaffen, inklusive Munition und taktischer Ausrüstung. Hergestellt wurden die Waffen von der Rwanda Engineering and Manufacturing Corporation (REMCO), einem dem Verteidigungsministerium unterstehenden Unternehmen. Das Unternehmen arbeitet in Kooperation mit dem israelischem Rüstungskonzern Israel Weapon Industries (IWI) und produzierte die vorgestellten Waffen in israelischer Lizenz. Mit REMCO verfolgt die ruandische Regierung die Absicht, sich ein wenig unabhängiger von ausländischen Waffenlieferungen zu machen. Perspektivisch möchte es gar zu einem lokalen Rüstungslieferanten avancieren. Es ist daher zu erwarten, dass Ruanda in nächster Zeit eigene Kapazitäten zur Produktion von Kleinwaffen zu erweitern und möglicherweise die Produktion gepanzerter Fahrzeuge aufzubauen gedenkt.

Im März 2025 unterzeichneten Ruanda und Äthiopien ein Memorandum of Understanding (MoU) über verstärkte militärische Kooperation. Äthiopien könnte ein möglicher Partner für den weiteren Aufbau der Produktionskapazitäten Ruandas sein. Das Land verfügt über eigene Rüstungsbetriebe, welche unter dem Dach des Defense Industry Sector versammelt sind. Auch zu der Türkei und Indien suchte Ruanda in den vergangenen Jahren engere Beziehungen. So vereinbarten die Türkei und Ruanda im Jahr 2023 eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Verteidigungsindustrie, Kultur, Wirtschaft und Bildung. Im Januar 2024 fand zudem ein erstes Treffen des indisch-ruandischen Joint Defence Cooperation Committee in Kigali statt. Gegenstand der Gespräche sollen u.a. auch Kooperationen im

rüstungsindustriellen Bereich gewesen sein. Nähere Informationen sind bisher jedoch nicht bekannt.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

### Box 1

#### Gesamtstärke der Streitkräfte

33.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 32.000

Luftwaffe: 1.000

Paramilitärische Einheiten: Ca. 2.000 (District Administration Security Support Organ)

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Tabelle 6

#### Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	33	33	33	33	33	33	33	33	33
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	2,8	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5	2,4	2,4	2,3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

### Kommentar

Die ruandischen Streitkräfte (Rwanda Defence Force; RDF) gehen auf die Ruandische Patriotische Armee (Rwanda Patriotic Army; RPA), den bewaffneten Arm der Ruandischen Patriotischen Front (Rwandan Patriotic Front; RPF), zurück. Die RPF übernahm 1994 die Macht in Ruanda, woraufhin die RPA die neuen Streitkräfte des Landes bildeten. Die RDF besteht aus Heer (Rwanda Army), Luftwaffe (Rwanda Air Force) und Reserve-Spezialeinheiten (Rwanda Reserve Force and Special Units), die seit 2002 dem Kommando des Chief of Defence Staff unterstehen. Die RDF ist eine reine Berufsarmee; eine Wehrpflicht existiert nicht. Sie steht Männern und Frauen gleichermaßen offen.

Das Heer bildet mit 32.000 Soldat:innen die größte Teilstreitkraft; gefolgt von der Luftwaffe (1.000 Soldat:innen). Eine Marine besitzt Ruanda als Binnenland nicht. Mit einer Gesamtstärke von 33.000 Soldat:innen ist das ruandische Militär vergleichsweise groß. So sind die Streitkräfte des deutlich größeren und bevölkerungsreicheren nördlichen Nachbarn Uganda nur unwesentlich größer (45.000 Soldat:innen). Im regionalen Durchschnitt liegt Ruanda mit 2,3 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen vor Uganda (0,9), der DRK (1,0) und

Tansania (0,4). Lediglich das Nachbarland Burundi weist mit 2,1 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen ein ähnliches Verhältnis auf.

Die Aufgaben der RDF bestehen in der Verteidigung der territorialen Integrität sowie der nationalen Souveränität des Landes, der Unterstützung anderer Sicherheitsorgane in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Strafverfolgung, der Katastrophenhilfe sowie der Teilnahme an internationalen Peacekeeping- bzw. humanitären Hilfsmissionen. Mit diesem Aufgabenspektrum geht die RDF bereits über das vieler anderer Armeen hinaus, denen lediglich die Aufgabe der Landesverteidigung zugeschrieben wird. Darüber hinaus wird ihr jedoch auch noch eine Entwicklungsfunktion zugeschrieben, was durchaus bemerkenswert ist. So sind die Streitkräfte etwa am Ausbau der Infrastruktur oder an Gesundheitskampagnen beteiligt und treten auch als ökonomischer Akteur in Erscheinung. So verfügt die RDF etwa über eine eigene Bank (CSS Zigma), eine Versicherung (Military Medical Insurance) und ist auch im produzierenden Gewerbe tätig (Horizon Group). Die RDF nimmt damit insgesamt eine sehr zentrale Stellung innerhalb der Gesellschaft ein. Im Bereich der Krankenversorgung nimmt das Militär ebenfalls eine wichtige Funktion ein. Während der East African Community (EAC) Armend Forces Civil-Military Cooperation week (CIMIC) erhalten Patienten eine kostenlose Behandlung durch die Streitkräfte. Im Jahr 2025 fand diese bspw. Anfang Juli statt, wobei über 40.000 Patienten kostenlose medizinische Behandlungen erhielten.

Die RDF gilt weithin als eine disziplinierte und gut ausgebildete Armee, die sich nicht nur in Ostafrika zu einem zentralen Sicherheitsakteur entwickelt hat. Soldat:innen der RDF sind an einer Vielzahl an multilateralen Friedens- und Stabilisierungsmissionen, unter anderem in der Zentralafrikanischen Union (MINUSCA), Sudan (UNISFA) und Südsudan (UNMISS) mit großen Kontingenten beteiligt. Mit derzeit 5.886 Sicherheitskräften im Einsatz ist Ruanda hinter Nepal derzeit der zweitgrößte Truppensteller der UN (Stand: Ende Mai 2025). Mit der Beteiligung an multilateralen Friedensmissionen versucht Präsident Kagame aktiv, den Ruf der RDF zu verbessern, die durch ihre Rolle in den sogenannten Kongo-Kriegen (1996-1997; 1998–2003; 2007-2009) als Interventionsarmee berüchtigt war. Seit 2020 operiert die RDF auch verstärkt jenseits multilateraler Missionen. So regeln mehrere bilaterale, zwischen Ruanda und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) geschlossene Verträge das Engagement ruandischer Truppen dort. Dies betrifft auch die Einsatzregeln (Rules of Engagement) der RDF. Waren Ruandas Truppen vormals an die strengen Regeln der MINUSCA gebunden, stiegen mit der Zahl der eingesetzten Truppen auch deren Freiheiten, außerhalb des Mandats im Land zu operieren. Diese Tendenz zu bi- statt multilateralen Kooperationen kann einerseits als Versuch gesehen werden, Kagames Motto „African solutions to African problems“ umzusetzen. Andererseits kennzeichnet er eine problematische Entwicklung, in der die RDF zunehmend ohne Kontrolle durch internationale bzw. regionale Organisationen operiert und die Gegenleistungen für das Engagement Ruandas oft nicht transparent sind. Seit 2021 unterstützt die RDF auch die Zentralregierung Mosambiks in der Provinz Cabo Delgado aktiv in ihrem Kampf gegen Kämpfer:innen des Islamischen Staates (Islamic State's Central Africa Province; IS-CAP). Obwohl hier Truppen der Southern African Development Community Mission in Mozambique (SAMIM) im Land sind, kooperieren Ruanda und Mosambik bilateral. Auch in Mosambik erweisen sich die RDF-Truppen als hoch diszipliniert und effizient, konnten sie doch binnen Wochen die Lage stabilisieren. Während etliche Fälle von Menschenrechtsverbrechen der Mozambique Armed Defence Forces (FADM) bekannt sind, liegen zu

RDF-Truppen keine solche Berichte vor. Human Rights Watch berichtete jedoch, dass ruandische Exilflüchtlinge in Mosambik seit dem Militäreinsatz ermordet oder von der Regierung verhaftet wurden.

Ähnlich wie in der ZAR setzt die RDF auch in Mosambik auf eine enge Kooperation mit den lokalen Gemeinden in den befreiten Gebieten. Sie setzt dort ihr umuganda-Konzept um, welches auf eine enge zivil-militärische Zusammenarbeit und den Wiederaufbau der Infrastruktur abzielt. Dennoch sind auch hier die Bedingungen für den Einsatz der RDF unklar. Während sich Kigali auf die Stärkung des Responsibility-to-Protect (R2P)-Prinzips bezieht und den Schutz der Zivilbevölkerung als Ziel angibt, gibt es Berichte, dass Zahlungen durch den Total-Konzern oder aus Frankreich das Engagement beeinflussen haben könnten.

## Bewaffnung der Streitkräfte

**Tabelle 7**

### *Heer*

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	34	
Aufklärer	Ca. 90	
Schützenpanzer	Mehr als 38	
Bergepanzer	Einige	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 60	
Artillerie	Mehr als 177	
Panzerabwehr	Einige	
Luftabwehr	Ca. 150	Anzahl der Geschütze; zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen (9K32 Strela-2)

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Kommentar

Mit 32.000 Soldat:innen ist das Heer die mit deutlichem Abstand größte Teilstreitkraft der ruandischen Streitkräfte. Es gliedert sich in die Elemente Kampftruppen (Combat Units), Unterstützungstruppen (Combat Support Units und Combat Service Support Units), Spezialeinheiten (Special Units) und Schulen (Service Schools). Hauptaufgabe der ruandischen Armee ist die Landesverteidigung.

Das Heer besteht überwiegend aus leichten Infanterieeinheiten und weist einen geringen Mechanisierungsgrad auf. Ihm stehen insgesamt 34 veraltete Kampfpanzer der Typen T54/T55 und Tiran-5 zur Verfügung. Bei ersteren handelt es sich um veraltetes Gerät unklarer

Ursprungs. Die Tiran-5 sind in Israel modernisierte T-62-Panzer, die 2013 eingeführt wurden. Neben diesen Panzern besitzt das Heer insgesamt mehr als 177 Artilleriesysteme, von denen der Großteil auf gezogene Haubitzen der Typen D30 (122-mm) bzw. 54 (152-mm) aus russischer bzw. chinesischer Produktion entfällt. Ergänzt werden diese durch Mehrfachraketenwerfer der Typen RM-70 und LAR-160. Erstere wurden aus der Slowakei gebraucht importiert, Letztere stammen ursprünglich aus israelischer Produktion. In den letzten Jahren wurden überdies einige moderne Artilleriesysteme der Typen Lynx bzw. ATMOS-2000 aus Israel beschafft, die 2008 bzw. 2011 geliefert wurden.

Der Großteil der circa 90 von der ruandischen Armee eingesetzten Aufklärungsfahrzeuge entfällt auf überschüssige Fahrzeuge des Typs AML-60/-90 aus französischer Produktion. Ähnlich sind auch die 38 Schützenpanzer meist veraltet. Kaum moderner sind auch die gepanzerten BTR bzw. WZ-551-Truppentransportern aus russischer und chinesischer Produktion. Diese wurden jedoch zwischen 1996 und 2012 systematisch mit insgesamt 25 Mine-Resistant ambush protected (MRAP) Mehrzweck-Infanterie-Mobilitätsfahrzeugen des Typs RG-31 Nyala ergänzt, welche aus Südafrika importiert wurden. Zusätzlich beschaffte die ruandische Armee zwischen 2012 und 2017 insgesamt 76 gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge des Typs Cobra und Cobra-2 aus der Türkei.

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	2	
Kampfhubschrauber	5	
Transporthubschrauber	1	
Mehrzweckhubschrauber	12	

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Kommentar

Die ruandische Luftwaffe ist mit 1.000 Soldat:innen nicht besonders groß. Ihre Hauptaufgaben liegen in der Verteidigung des ruandischen Luftraumes und der Luftnahunterstützung der ruandischen Armee. Nebenaufgaben liegen in der Katastrophenhilfe, der Feuerbekämpfung, des VIP-Transportes sowie der Notrettung und Bergung. Lange Zeit verfügte die ruandische Luftwaffe über keinerlei Flugzeuge, doch 2021 erhielt es zwei Transportflugzeuge des Typs Cessna-208 Grand Caravan als eine Hilfslieferung aus den USA. Diese sollen insbesondere die internationalen Peacekeeping-Einsätze der ruandischen Armee unterstützen.

Die restliche Luftflotte besteht aus Helikoptern, überwiegend Kampfhubschrauber der Typen Mi-24V/Mi-24P bzw. Mehrzweckhubschrauber des Typs Mi-17. Erstere wurden zwischen 1998 und 1999 gebraucht aus Belarus geliefert, stellen aber trotz ihres Alters immer noch relativ wirkungsvolle Systeme dar. Die Mehrzweckhubschrauber des Typs Mi-17 exportierte

Russland zwischen 1999 und 2000 bzw. zwischen 2014 und 2015. Bei einigen dieser Hubschrauber handelt es sich vermutlich um gebrauchte Modelle; unter ihnen befindet sich auch ein Hubschrauber des bewaffneten Modells Mi-17MD. Bei den zuletzt zwischen 2014 und 2015 gelieferten sechs Hubschraubern handelt es sich um Modelle des Typs Mi-17V, die die ruandische Peacekeeping-Mission im Südsudan unterstützen sollten. Diese Version kann ebenfalls bewaffnet werden, ist aber, wie die restlichen Mehrzweckhubschrauber, etwas in die Jahre gekommen.

Bisher unbestätigten Angaben des Informationsdienstes Jane's Defence zufolge übereignete das Emirat Katar Ruanda zwei leichte Aufklärungs- bzw. Kampfhubschrauber des Typs Gazelle; diese werden vom IISS jedoch nicht als im Einsatz der ruandischen Luftwaffe aufgeführt (Stand: Juli 2025). Allerdings findet sich dort ein Eintrag über einen einzigen Mehrzweckhubschrauber des Typs AW-139 des italienischen Herstellers Leonardo, welchen Ruanda wahrscheinlich im Jahre 2010 erhalten hat

#### Box 4

##### **Paramilitärische Einheiten**

Zentrale Sicherheitskräfte:

Ca. 2.000 (District Administration Security Support Organ)

Quelle: IISS Military Balance 2025

#### Box 5

##### **Peacekeeping**

Südsudan (UNMISS): 2.636 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2.144 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 4 Soldat:innen

Mosambik: 4.000 Soldat:innen

Demokratische Republik Kongo: 3.000 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

## Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Im Post-Genozid-Ruanda spielt das Militär (Rwandan Defence Forces; RDF) eine zentrale Rolle. Dies liegt zum einen daran, dass die Rwanda Patriotic Army (RPA), aus der die RDF hervorgingen, unter politischer Führung der Ruandischen Patriotischen Front (Rwandan Patriotic Front; RPF), den Genozid militärisch beendete. Für Teile der Bevölkerung nehmen die Streitkräfte eine Heldenrolle ein<sup>2</sup>. Zum anderen übernahmen mit dem Sieg auch Persönlichkeiten der RPA – allen voran Präsident Paul Kagame – politische Führungspositionen und sorgten so für eine sehr enge Beziehung zwischen Regierung und Militär. Der Sohn des

<sup>2</sup> Diese Heldenrolle wird durch den sog. Liberation Day, der jährlich am Juli zelebriert wird, im Gründungsnarrativ des neuen Ruanda verankert.

Präsidenten „Ivan Kagame“ dient mittlerweile seit Anfang 2023 in der Präsidentengarde. Nach dem Sieg der RPA im Jahr 1994 wurden darüber hinaus auch Teile der ehemaligen FAR und damit viele Hutu in die zuvor Tutsi-dominierte RPA übernommen und somit die Grundlage dafür geschaffen, dass das Militär zu einem wichtigen Symbol der Einheit für alle Ruander:innen in der Zeit nach dem Genozid werden konnte.

Vertreter:innen der RPA knüpften nach der Machtübernahme rhetorisch an eine lange Tradition des Militarismus an, welcher auf das Nyiginya-Königreich im siebzehnten Jahrhundert zurück geht. Das Nyiginya-Königreich unterschied sich von seinen Nachbarn darin, dass es bereits im frühen 18. Jahrhundert ein stehendes Heer aufbaute, welches zugleich Ausgangspunkt für die administrative Struktur des Reiches wurde. Damit war aber auch der Grundstein für eine Geschichte und Kultur der Gewalt und Eroberung gelegt. So ging der Begriff „Eroberung“ (ku-aanda) sogar in den Namen des Landes, Ruanda, ein. Auch während etwa zwei Drittel der 40-jährigen Herrschaft Rwabugiris, welche sich wahrscheinlich auf die Jahre zwischen 1853-1895 erstreckte, befand sich das Land im Krieg. Diese an Gewaltkonflikten reiche Geschichte brachte schließlich die Klasse der Intore, der „auserwählten“ Tutsi-Elite-Krieger hervor, die als gesellschaftliches Vorbild betrachtet wurden.

Mit dem Itorero ry'Igihugu Programm knüpft die RPF-Regierung ab 2009 an diese Tradition an. Es zielt auf die Gestaltung einer neuen Gesellschaft ab, in der klassische militärisch-heroische Ideale wie Vaterlandsliebe, Heldentum und die Aufopferung für die Gemeinschaft im Zentrum stehen. Dieser Bezug auf die Geschichte und deren Fortsetzung in der aktuellen Politik stärkt das hohe Ansehen des Militärs bzw. des Militärischen weiter.

Auch ökonomisch entwickelte sich die RDF, schnell zu einem bedeutenden Akteur. Nicht zuletzt dürften im Zuge der Kongo-Kriege illegal abgebaute natürliche Ressourcen (überwiegend Diamanten, Gold und Edelhölzer) dafür einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Mit der CSS Zigama Bank verfügt das Militär heute über eine eigene Bank, mit der Military Medical Insurance über eine eigene Versicherung und mit der Horizon Group über weitere rentable Unternehmen im produzierenden Gewerbe. Über diverse Unternehmen ist es in vielen Bereichen des täglichen Lebens präsent und tritt auch als (sozialer) Entwicklungsakteur in Erscheinung, etwa im Straßenbau oder während der sogenannten Army Weeks, in denen es Bürger:innen in ländlichen Gebieten kostenlose Gesundheitsvorsorge anbietet.

Das Ansehen und die Legitimität des Militärs werden sowohl im In- als auch im Ausland durch sein Engagement in diversen Peacekeeping-Missionen – allen voran im Sudan – noch weiter gestärkt.

Das Militär – insbesondere der Militärgesheimdienst DMI (Directorate of Military Intelligence) - ist jedoch auch an Repressionen gegen oppositionelle Kräfte beteiligt. So dokumentierte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zwischen 2010 und 2016 diverse Fälle unrechtmäßiger Verhaftung und Folter von Oppositionellen. Dem Bericht zufolge wurden vor allem vermeintliche Sympathisant:innen der Democratic Forces for the Liberation of Rwanda (FDLR) oder des Rwanda National Congress (RNC) auf Militärbasen interniert, wo sie durch Mitglieder der RDF gefoltert und zu Geständnissen gezwungen wurden. Inwieweit die RDF darüber hinaus systematisch an Menschenrechtsverbrechen beteiligt sind, ist unklar (siehe „[Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)“). Umfragedaten des Afrobarometers zum Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Armee liegen für Ruanda nicht vor.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

**Tabelle 10**

### ***Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)***

*Für die Jahre 2020 bis 2024 liegen für Ruanda keine Daten in der Datenbank des Internationalen Währungsfonds vor.*

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

### **Kommentar**

Zentral für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung ist die Rwanda National Police (RNP), die im Jahr 2000 die drei an unterschiedlichen Ministerien angesiedelten Einheiten der Gendarmerie Nationale (Verteidigungsministerium), der Communal Police (Innenministerium) sowie der Judicial Police (Justizministerium) ablöste. Die RNP wird von einem Inspector General geleitet und untersteht dem Ministerium für Innere Sicherheit. Ziel dieser Reform war es einerseits, durch die Zentralisierung der Polizei und Abschaffung konkurrierender Organe zu einer Effektivierung beizutragen. Andererseits sollte auch eine Demilitarisierung der Polizei erreicht werden, zum Beispiel im Falle der Gendarmerie, die sich am Vorbild der ehemaligen Kolonialmacht Belgiens und seiner paramilitärischen Tradition orientierte. So wurden 2000 etwa alle Ränge der Polizei von militärischen Rängen zu zivilen umgewandelt. Die Grundsätze der neuen Polizei sollten dem Schutz der fundamentalen und gesetzlich garantierten Rechte dienen. Auch die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden sollte enger gestaltet und die Rechenschaftspflicht ihnen gegenüber gestärkt werden. Teile der Gendarmerie, die diesen Bestrebungen nicht entsprachen, wurden im Zuge dieser Reform entweder durch den Inspector General entlassen oder in die Armee integriert. Ebenso übergab die Gendarmerie Teile ihrer Bewaffnung an die Armee.

Im Jahr 2000 erließ die Regierung Präsident Kagames den Police Act, nach dem ein neues Kontrollgremium, das sogenannte Police Council geschaffen wurde. Die Mitglieder dieses Gremiums werden von dem:der Innenminister:in ernannt, und sind sowohl für die Rekrutierung und Ausbildung als auch die Kontrolle der Nationalen Polizei zuständig. Zusätzlich existiert die unabhängige Rwanda Human Rights Commission, die die Einhaltung der Menschenrechtsstandard behördenübergreifend überprüft. Um Korruption in der Polizei zu bekämpfen und Kontrolle sicherzustellen, wurde seitens des Innenministeriums zudem ein Department of Inspectorate Service gegründet. Im Jahr 2005 folgte die Einführung eines Police Disciplinary Code of Conduct, welcher interne Sanktionen für Fehlverhalten regelt.

Neben den RDF und der RNP existiert noch ein dritter, in der Verfassung verankerter Sicherheitsdienst: Der Nationale Geheimdienst National Intelligence and Security Service (NISS). Dieser fungiert sowohl als Inlands- als auch als Auslandsgeheimdienst und ist neben dem Schutz der nationalen Sicherheit auch für Ein- und Auswanderung zuständig.

Trotz diverser Schutzmechanismen kam es nach dem Human Rights Bericht des US State Department 2023 zu etlichen Fällen von tödlicher Polizeigewalt, die nicht durch die genannten Aufsichtsbehörden bzw. die Judikative untersucht wurden. Zudem sind diverse Vorfälle

bekannt, bei denen Personen verschwanden, von Sicherheitskräften illegal inhaftiert oder gefoltert wurden. Im Zuge der Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie kam es überdies nach Angaben von Human Rights Watch zu Polizeigewalt, illegalen Verhaftungen und sexuellen Übergriffen. Insbesondere bei verschwundenen Personen – oftmals oppositionelle Politiker:innen, Aktivist:innen oder Journalist:innen (siehe auch „[Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)“) – ist es in der Regel nicht möglich diese Menschenrechtsverstöße einem bestimmten Sicherheitsdienst zuzuordnen. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese eher den Geheimdiensten als der regulären Polizei anzulasten sind.

## Diversität in den Streitkräften

Bereits 2007 verabschiedete Ruanda einen Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats bzw. der Women, Peace and Security (WPS-) Agenda – mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter institutionell zu verankern. Frauen stehen in Ruanda somit grundsätzlich sowohl der Polizeidienst als auch eine militärische Laufbahn offen. In der Polizei übernehmen sie inzwischen Führungsfunktionen und dienen nach offiziellen Angaben auch in spezialisierten Einheiten. Formale Beschränkungen hinsichtlich militärischer Verwendungen oder Dienstgrade sind nicht ersichtlich; Frauen haben in den Streitkräften bereits hohe Offiziersränge erreicht. 2023 beförderte die RDF bspw. mehrere Frauen erstmals in den Rang des Colonels. Aufgrund der begrenzten Datenlage lässt sich jedoch nicht sagen, in welchem Umfang Frauen tatsächlich in allen militärischen Verwendungen und insbesondere in Kampfrollen vertreten sind. Insgesamt sind Frauen im Sicherheitssektor aber weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Während sie je nach Quelle zwischen 23,5 bis 25,7 % der Angehörigen der Rwanda National Police stellen (Anfang der 2000er Jahre lag der Anteil noch bei 0,5 %), beträgt ihr Anteil in den Rwanda Defence Forces lediglich etwa 7,0 %.

Auch bei den von Ruanda entsandten Kontingenten für UN-Friedensmissionen zeigt sich ein gemischtes Bild. Der Anteil von Soldatinnen liegt bei 9 %, der Anteil weiblicher Stabsoffiziere bei 20 % und damit jeweils unter den Zielvorgaben der Vereinten Nationen von 15 % beziehungsweise 25 % bis 2028. Dagegen übertrifft Ruanda die UN-Zielwerte bei Militärbeobachterinnen deutlich: Ihr Anteil liegt bei 42 % (Zielvorgabe von 25 %). Auch bei den entsandten Polizeikräften erreicht Ruanda mit einem Frauenanteil von 45 % einen Wert deutlich oberhalb des UN-Ziels von 30 %.

LGBTQIA+-Personen können zumeist nicht offen in den Streitkräften dienen. Zwar wird Homosexualität im Militär rechtlich nicht explizit ausgeschlossen, jedoch bestehen Bestimmungen zu „guten Sitten“, wonach ein Verstoß zu einer Entlassung führen kann. Da weder nicht-binäre Identitäten noch Geschlechtsangleichungen rechtlich anerkannt werden ergibt sich in der Praxis eine weitgehende „Don't Ask, Don't Tell“-Mentalität in Bezug auf queere Mitglieder.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](http://ruestungsexport.info)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

### *Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen*

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Nicht beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Ruanda ist der Mehrzahl der gängigen internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014, der den Handel mit konventionellen Waffen regelt sowie den illegalen Handel mit konventionellen Waffen und deren Abzweigung verhindern soll, hat Ruanda zwar unterschrieben, bis heute jedoch nicht ratifiziert. Nichtdestotrotz bekennt sich das Land zu dem Vertrag. Eine Ratifizierung ist daher in Zukunft zu erwarten. Nicht beigetreten ist das Land hingegen der Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken (Convention on the Prohibition of Military or any other Hostile Use of Environmental Modification Techniques) von 1978 sowie der Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen (Convention on Certain Conventional Weapons) von 1983. Insbesondere Letzteres ist gravierend, da sich die Konvention vor allem auf den Schutz von Zivilist:innen im Krieg bezieht und im Jahr 2001 auch auf innerstaatliche Kriege ausgeweitet wurde. Auf regionaler Ebene hat Ruanda den Vertrag über eine afrikanische kernwaffenfreie Zone, den sogenannten Pelindaba Vertrag, ratifiziert.

Gegen Ruanda sind derzeit weder vonseiten der EU noch der UN Sanktionen oder Waffembargos verhängt.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

#### Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Box 6

#### **Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026**

*In 2025, Rwanda continued to repress the political opposition domestically and its military support to, and control over, the M23 armed group was linked to serious abuses. With Rwanda's support, the M23 captured key cities in eastern Democratic Republic of Congo. Few journalists, civil society activists, or opposition members dare speak out publicly against the government, its policies, or its intervention in eastern Congo.*

Quelle: Human Rights Watch, World Report 2026: Rwanda  
<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/rwanda>

### Box 7

#### **Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

*Forced evictions associated with urban development projects in the capital disproportionately affected low-income and marginalized populations. Labour rights protections were limited, and structural barriers impeded trade union activity. Civic space remained severely restricted and political opposition members faced unfair prosecution. A bilateral agreement was made that allowed the US to deport third-country nationals to Rwanda. Efforts to prosecute crimes related to the 1994 genocide continued through domestic judicial proceedings and international cooperation, resulting in an extradition and a conviction.*

Quelle: Amnesty International Report 2026  
<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

**Box 8****Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025**

*Bewertung für Ruanda auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 14*

*Politische Rechte: 7*

*Gesamtbewertung: Nicht frei (21/100)*

*Die Bewertung von Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

**Box 9****Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

*The Rwandan Patriotic Front (RPF), led by President Paul Kagame, has ruled the country since it ousted forces responsible for the 1994 genocide, ending the civil war that began in 1990. While the regime has maintained stability and economic growth, the government continues to suppress political dissent through pervasive surveillance, intimidation, arbitrary detention, torture, and renditions or suspected assassinations of exiled dissidents.*

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/rwanda/freedom-world/2026>

**Kommentar**

Ruanda ist allen relevanten Menschenrechtsabkommen der UN beigetreten. Nichtsdestotrotz gilt es nach Einschätzung von Freedom House als „nicht frei“. Insbesondere die bürgerlichen und politischen Rechte sind stark eingeschränkt.

Nachdem zwischen 1994 und 2000 Ruanda zunächst von einer Regierung der Nationalen Einheit unter Präsident Bizimungu regiert wurde, übernahm die RPF ab 2000 unter Kagame die alleinige Regierungsverantwortung. Seitdem hat sie ihre Macht im Land konsolidiert. Eine nennenswerte politische Opposition gibt es im Land nicht. Immer wieder werden oppositionelle Politiker:innen mit Bezug auf staatsgefährdende Aktivitäten oder vermeintliche Genozidideologie behindert und wird das Recht zur Bildung politischer Parteien eingeschränkt. So verbot die Regierung unter RPF-Führung Bizimungus neu gegründete Demokratische Erneuerungspartei (Parti démocratique pour le renouveau) als vermeintlich radikale Hutu-Partei. Der Politiker selbst wurde wenig später wegen der Vereinigung mit kriminellen Elementen und der Anstiftung zum Ungehorsam verhaftet durch die Polizei. Im Zuge der Wahlen 2010 inhaftierte die Polizei auch Victoire Ingabire, Präsidentin der Vereinigten Demokratischen Kräfte (Forces Démocratiques Unifiées), kurz nach ihrer Einreise nach Ruanda wegen Terrorismus und Genozidideologie sowie wegen Verschwörung gegen die Autoritäten und die verfassungsmäßigen Grundsätze mittels Einsatzes von Terrorismus und Waffengewalt. Die unabhängige Kandidatin Diane Rwigara wurde 2017 ebenfalls inhaftiert, nachdem diese sich als Alternative zu Kagame aufgestellt hatte. Oktober 2021 wurden etliche Mitglieder der Partei Entwicklung und Freiheit (Dalfa-Umurinzi) wegen der Verbreitung von Falschinformationen und schädlicher Propaganda mit der Absicht eine feindselige

internationale Meinung gegen die ruandische Regierung hervorzurufen durch die Polizei verhaftet und anschließend durch die Judikative verurteilt. Bei den Präsidentschaftswahlen 2024 schloss die Regierung prominente Oppositionsführer:innen wie Victoire Ingabire Umuhoya und Diane Rwigara für die Wahl aus. Meinungsfreiheit und Wahlfreiheit waren bei den Wahlen durch Einschüchterung, Inhaftierungen und politischer Gewalt stark eingeschränkt. Kagame gewann die Wahl mit 99,2%.

Derlei Verfolgung betrifft jedoch nicht nur Politiker:innen sondern auch Personen des öffentlichen Lebens oder Aktivist:innen der Zivilgesellschaft, die das Narrativ des geeinten Ruanda oder die Vormachtstellung der RPF in Frage stellen. Schlagzeilen machte etwa der Tod des populären Sängers und Tutsi-Genozid Überlebenden Kizito Mihigo. Dieser veröffentlichte 2014 ein Lied, das nicht nur Mitgefühl mit den Opfern des Genozids 1994 ausdrückte, sondern auch Kriegsoffern oder Opfern von Racheakten gedachte. Dies wurde als Angriff auf das öffentliche Narrativ angesehen, es gäbe keine Racheakte der RPF an Hutu. Mihigo wurde verhaftet und starb im Gewahrsam der Polizei. Offiziell lautet die Todesursache Selbstmord. Generell ist der ruandische Überwachungsapparat einer der weitreichendsten in Afrika. Soziale Medien und das Internet werden streng überwacht und eine erhebliche Anzahl an ruandischen Bürger:innen fungiert als Informant:innen für die Polizei und Geheimdienste.

Nach Angaben von Reportern ohne Grenzen sind die ruandischen Geheimdienste auch an Repressionen gegen Reporter:innen und Blogger:innen aus dem In- und Ausland beteiligt. So wurden einige Verfahren gegen Journalist:innen für deren Nutzung von YouTube eingeleitet, weil diese sich nicht bei der Ruandischen Medienkommission registriert hatten. Bei der Präsidentschaftswahl 2024 mussten Medienunternehmen der Regierung Treue schwören und Journalist:innen wurden gezwungen Mitglied der Regierungspartei zu werden.

### **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Auf internationaler Ebene hat Ruanda die zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – jeweils einschließlich der Fakultativprotokolle. Auch auf nationaler Ebene verfügt das Land über einen vergleichsweise umfassenden Rechtsrahmen zur Bekämpfung sexualisierter und nicht-sexualisierter Gewalt. Einschränkungen bestehen jedoch weiterhin bei den reproduktiven Rechten von Frauen sowie LGBTQIA+-Rechten.

Mit dem Gesetz zur Prävention und Bestrafung von GBV (2008) schuf die Regierung einen umfassenden Rechtsrahmen. Das Gesetz stellt unter anderem Vergewaltigung – einschließlich Vergewaltigung in der Ehe –, Gewalt nach einer Scheidung sowie die geschlechtsbezogene Vernachlässigung von Kindern unter Strafe. Eine Reform des Strafgesetzbuches in 2023 präzisierte die bestehenden Regelungen und verankerte Vergewaltigung sowie schwere sexuelle Gewalt ausdrücklich im allgemeinen Strafrecht. Ein eigenständiger Straftatbestand des Femizids besteht nicht, die Tötung eines Ehepartners wird jedoch ausdrücklich im GBV-Gesetz genannt. Schwangerschaftsabbrüche bleiben allerdings grundsätzlich verboten und sind nur in Ausnahmefällen zulässig, etwa nach Vergewaltigung, Inzest oder Zwangsheirat, bei Minderjährigkeit der Schwangeren oder bei Gefährdung ihrer Gesundheit.

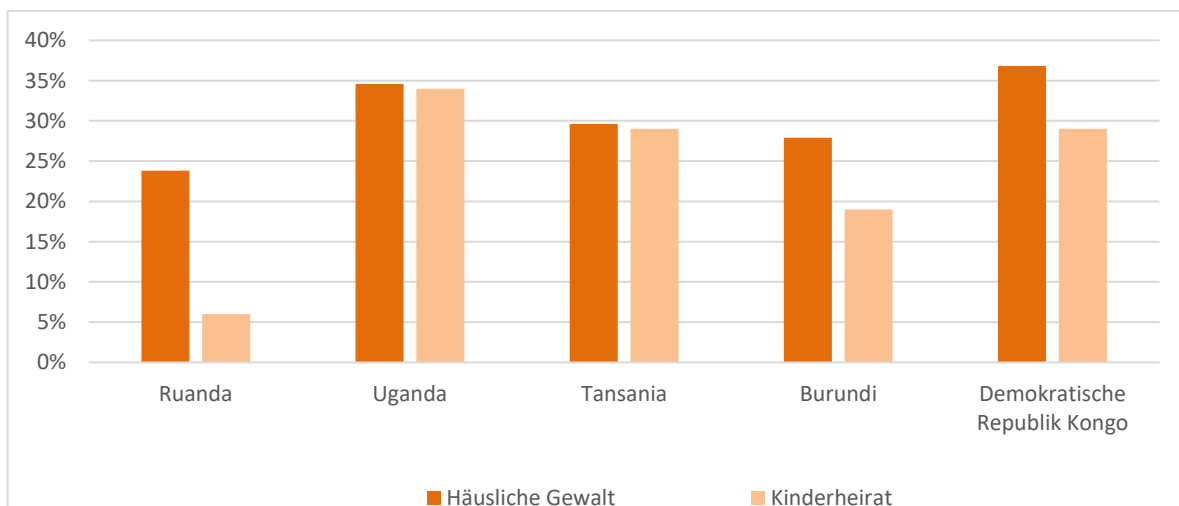
GBV bleibt trotz des Rechtsrahmens weit verbreitet. Nach Angaben des Nationalen Instituts für Statistik haben 37 % der Frauen und Mädchen sowie 30 % der Männer im Alter von 15

bis 49 Jahren bereits körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt erlebt. Zudem berichteten 46 % der jemals verheirateten Frauen und 18 % der jemals verheirateten Männer von körperlicher, sexueller oder emotionaler Gewalt innerhalb der Ehe. Ergänzend weist UN Women auf eine 12-Monats-Prävalenz für Frauen von 23,8 % innerhalb von Partnerschaften hin (lediglich körperliche und/oder sexuelle Gewalt). Damit liegt Ruanda zwar unter den entsprechenden Werten der Nachbarstaaten Uganda, Tansania, Burundi und der Demokratischen Republik Kongo, dennoch sind dies hohe Zahlen. Auch Kinderehen kommen weiterhin vor: 5,5 % der Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren wurden vor Vollendung ihres 18. Lebensjahrs verheiratet; 0,3 % sogar vor Vollendung des 15. Lebensjahres. Auch damit liegt Ruanda im regionalen Vergleich allerdings niedrig.

Auch im Bereich der LGBTQIA+-Rechte gilt Ruanda im regionalen Vergleich als vergleichsweise fortschrittlich. So gehörte das Land 2011 zu den wenigen afrikanischen Staaten, die die UN-Erklärung zur Beendigung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität unterzeichneten. Dennoch berichten LGBTQIA+-Personen weiterhin vereinzelt auch von polizeilichen Maßnahmen, die Behörden mit dem Schutz der öffentlichen Ordnung und Moral begründeten. Im Equaldex belegt Ruanda Rang 105 von 197 Staaten.

### Schaubild 5

#### ***Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %***



Quellen: UN Women Database on violence against women; [Country Detail Page | UN Women Data Hub](#); Child Marriage Data Portal; [Country Profiles | Child Marriage Data Portal](#).

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 10

#### **Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas der Bertelsmann Stiftung 2024**

*Rwanda has maintained political stability and relatively low levels of corruption over the past two years. This is directly attributable to the regime's strong authoritarian grip over the country. Security and control of the territory have remained largely secure. The ruling party, the Rwandan Patriotic Front (RPF), continues to exert significant influence over the country and effectively controls public space and civil society. Loyalty and discipline are expected across institutions and in various aspects of the public sphere. Detractors, particularly those within circles of power, are not tolerated, and many have either been targeted and forced into exile or assassinated. Repression has also been aimed at other forms of opposition, specifically non-RPF political adversaries, journalists and civil society activists. There is minimal space for power-sharing, genuine political diversity, an independent and thriving civil society, or freedom of expression.*

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/RWA>

#### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den es in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchführte, erzielte Ruanda 58 Punkte (2024: 57 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Botswana, Slowenien und Katar. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

#### **Spannungen und innere Konflikte**

Ende des 19. Jahrhunderts gliederte das Deutsche Reich das Gebiet, das zuvor jahrhundertlang durch eine Monarchie beherrscht wurde, in das deutsche Kolonialgebiet Deutsch-Ostafrika ein. Nach Ende des Ersten Weltkrieges sprach der Völkerbund es Belgien als Teil des Mandatsgebietes Ruanda-Urundi zu. Aus der Kolonialzeit stammt auch die Kategorisierung der Bevölkerung in „Hutu“, „Tutsi“ und „Twa“. Diese Bezeichnungen existierten zwar bereits vor Ankunft der Europäer, die Kolonialmächte luden diese aber rassistisch auf erfassen sie amtlich und machten sie damit zu exklusiven Kategorien. Diese Kategorien forderten ethnischen Spannungen, die zum Genozid von 1994 führten. Radikale Hutu töteten zwischen April und Mitte Juli 1994 mehr als 800.000 Angehörige der Tutsi-Minderheit sowie gemäßigte Hutu und Twa. Der Genozid endete mit der Machtübernahme der Ruandischen Patriotischen Front (RPF). Die neue Regierung führte weit angelegte *Transitional Justice* Maßnahmen wie die sogenannten Gacaca-Gerichte, wurden durchgeführt, um die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Täter:innen wie Überlebende der Gewalt wieder zu versöhnen. Obwohl die politische Nutzung der Bezeichnungen „Hutu“ und „Tutsi“ inzwischen verboten sind und unter den Straftatbestand des Divisionismus fallen, sind die innergesellschaftlichen Spannungen nach wie vor spürbar bzw. drohen von im Nachbarland Kongo operierenden Gruppen wieder ins Land überzugreifen. So kam es 2019 etwa zu einem Angriff der RUD-Ururana, einer Splitterbewegung der revisionistischen Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda, FDLR). Da die Sicherheitskräfte hart gegen

Divisionist:innen vorgehen (siehe [Rolle des Militärs in der Gesellschaft](#) & [Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)), ist ein Wiederaufflammen dieser ethnischen Konflikte aber eher unwahrscheinlich.

Die politische Lage im inneren des Landes ist ansonsten weitestgehend ruhig. Es dominiert nach wie vor die Ruandisch Patriotische Front (Rwandan Patriotic Front, RPF). Die Herrschaft der RPF ist inzwischen sehr auf Präsident Kagame zugeschnitten, der 2024 mit 99,2 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde und verfassungsgemäß bis 2034 regieren könnte. Weil es keine nennenswerte Opposition im Land gibt, bewertet Freedom House mit 0 von 4 Punkten das Wahlverfahren jedoch als nicht frei und nicht fair.

Auch im Zuge der Covid-19-Pandemie kam es zu keinen größeren Protesten; weder gegen die angeordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie noch wegen ihren ökonomischen Folgen.

## Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

### Geographische Lage

Die Republik Ruanda liegt in Ostafrika in der Region der Großen Seen, die neben Ruanda auch Burundi, Uganda, die östlichen Teile der Demokratischen Republik Kongo (DRK), sowie Tansanias als auch Kenias umfasst. Das lediglich 26.338 km<sup>2</sup> große Ruanda grenzt im Norden an die Republik Uganda, im Osten bzw. Süd-Osten an die Vereinigte Republik Tansania, im Süden an die Republik Burundi und im Westen an die Demokratische Republik Kongo. Aufgrund seiner Höhenstruktur wird Ruanda auch „Land der tausend Hügel“ genannt.

### Politische Situation in der Region

Die Geschichte der Region der großen Seen ist von einer Vielzahl an gewaltsamen politischen Umbrüchen, staatlicher Fragilität (die DRK belegt auf dem State Fragility Index 2021 Platz 5, Burundi Platz 16, Uganda Platz 24 und Ruanda Platz 39), aber auch grenzüberschreitenden Gewalt und Vertreibungen geprägt. Hierzu gehören sowohl der ruandische Genozid als auch die sogenannten Kongo-Kriege, die die Beziehungen zwischen den Ländern auch heute noch prägen.

Die Beziehungen zwischen Ruanda und Burundi sind historisch besonders angespannt. Während in Burundi eine aus einer Hutu-dominierten Befreiungsbewegung hervorgegangene Partei an der Macht ist, übernahm in Ruanda nach dem Genozid die Tutsi-dominierte Rwandan Patriotic Front (RPF) die Kontrolle. Diese gegensätzlichen historischen Erfahrungen prägen bis heute gegenseitige Bedrohungsnarrative: Radikale Hutu in Burundi sind davon überzeugt, dass Ruanda von Tutsi dominiert wird und diese einen Regime-Change in Burundi anstreben. Auf der anderen Seite bezichtigen radikale Tutsi in Ruanda die burundischen Hutu, die gleiche Ideologie wie die ruandischen Hutu zu teilen, welche für den Genozid verantwortlich waren. Die Beziehungen verschlechterten sich insbesondere 2015, als Burundi Ruanda vorwarf, einen Putschversuch unterstützt zu haben. Nach einer kurzen Annäherung 2022 eskalierten die Spannungen erneut, und im Frühjahr 2024 schloss Burundi die gemeinsame Grenze. Burundische Truppen kämpfen seither im Osten der DRK gemeinsam mit der kongolesischen Armee gegen die von Ruanda unterstützte M23-Rebellengruppe.

Auch das Verhältnis zwischen Ruanda und der DRK ist seit Jahrzehnten konfliktbeladen. Im Zentrum stehen die östlichen Provinzen Nord- und Südkivu, in denen ruandischsprachige

Minderheiten leben, die häufig als Fremde wahrgenommen werden. Nach dem Genozid flohen Hutu-Milizen und ehemalige Soldaten der ruandischen Armee in das damalige Zaire und nutzten die Region als Rückzugsraum. Dies führte 1996 zur direkten Intervention Ruandas, zum Sturz des Mobutu-Regimes und später zum Zweiten Kongo-Krieg, an dem mehrere regionale Mächte beteiligt waren. Trotz formeller Friedensabkommen blieb der Ostkongo fragmentiert und instabil.

Der Konflikt setzte sich in veränderter Form fort, unter anderem durch die Rebellengruppen CNDP und später M23, die bis heute aktiv ist. Seit 2022 verschärften sich die Spannungen erneut erheblich. Im Frühjahr 2024 kontrollierte M23 große Teile Nordkivus und übernahm Ende Januar 2025 die Kontrolle über Goma, die größte Stadt im Osten der DR Kongo. UN-Berichte belegen eine direkte militärische Unterstützung der Gruppe durch Ruanda, unter anderem durch Truppenpräsenz und den Einsatz schwerer Waffen. Die kongolesische Außenministerin warf Ruanda daraufhin eine Kriegserklärung vor und forderte internationale Sanktionen gegen das Land, etwa durch Beschränkungen der Mineralienexporte. Ruanda wies den Vorwurf einer Kriegserklärung zurück und verwies auf burundische Soldat:innen sowie Hutu-Rebellengruppen im Ostkongo, die eine Gefahr für das Land darstellten. Seit der Übernahme Gomas verzeichnet die M23 weitere Gebietsgewinne und nahm Anfang Dezember 2025 die strategisch wichtige Stadt Uvira ein. Uvira ist aufgrund ihrer Nähe zur burundischen Grenze ein bedeutender Umschlagsort für den wirtschaftlichen Handel mit Tansania und stellte mit dem Grenzübergang zur burundischen Wirtschaftsmetropole Bujumbura wichtige Nachschubwege für die kongolesische Armee sowie die im Kongo stationierten burundischen Truppen dar.

Ruandas Verhältnis zu Uganda ist stabiler, wenn auch nicht spannungsfrei. Beide Länder verbindet eine gemeinsame militärische Vergangenheit, gleichzeitig konkurrieren sie um Einfluss und Ressourcen im Osten der DRK. Nach diplomatischen Spannungen und Grenzschließungen ab 2019 normalisierten sich die Beziehungen Anfang 2022 wieder.

Trotz dieser Konflikte bemüht sich Ruanda, sich als treibende Kraft regionaler Integration zu positionieren, insbesondere innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft. Präsident Kagame gilt zudem als ein wichtiger Akteur innerhalb der Afrikanischen Union und als Unterstützer der Afrikanischen Freihandelszone, die 2021 in Kraft trat.

## Grenzkonflikte

Wie bereits erwähnt, ist die politische Situation in der Region, insbesondere zwischen Ruanda und Burundi, angespannt. Mit dem südlichen Nachbarn befindet sich Ruanda seit 1965 in einem Grenzstreit. Damals änderte der als Grenzfluss anerkannte Fluss Kanyaru seinen Lauf, was zu Konflikten zwischen lokalen Gemeinden führte, die das Gebiet landwirtschaftlich nutzen. Zudem gab es in der Vergangenheit auch zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda Grenzkonflikte, weil Hutu-Milizen Angriffe von der DRK aus auf Ruandisches Gebiet unternahmen, während ruandische Streitkräfte auf dem Gebiet der DRK operierten bzw. dort lokale Milizen unterstützten. Angesichts der angespannten Lage an der kongolesischen-burundischen Grenze durch die von Ruanda unterstützten M23 drohen nun direkte militärische Auseinandersetzungen zwischen Burundi und Ruanda.

Um gegenseitige Anschuldigungen zu Grenzverletzungen verifizieren zu können, einigten sich beide Länder unter Vermittlung der UN auf einen Joint Verification Mechanism (JVM).

Dem gleichen Zweck dient ein Joint Technical Committee, auf das sich Ruanda und Uganda im Jahr 2007 verständigten. Dieses hat nicht nur die Aufgabe den Grenzverlauf in einigen Bereichen zu markieren, sondern soll auch grenzüberschreitende Sicherheits- und Kriminalitätsfragen diskutieren und so Spannungen reduzieren helfen.

### **Regionale Rüstungskontrolle**

Aufgrund seiner Erfahrungen mit Bürgerkrieg und Genozid sowie angesichts der Spannungen und Instabilitäten in Ruandas Nachbarländern ist die Regierung in Kigali bemüht, insbesondere das Problem der Kleinwaffenproliferation regional zu lösen. Das Land hat die sogenannte Kinshasa-Deklaration sowie das Nairobi Protokoll unterzeichnet, das darauf abzielt den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen in Zentralafrika zu beschränken bzw. die Anzahl dieser Waffen in der Region der Großen Seen und am Horn von Afrika zu reduzieren. Neben diesen regionalen Abkommen ist Ruanda auch Mitglied des Regional Centre on Small Arms (RECSA), das den Kampf gegen die Proliferation von Klein- und Leichtwaffen in der Region der großen Seen und dem Horn von Afrika koordiniert und das Nairobi Protokoll umsetzt.

Die von der Kommission der Afrikanischen Union in Zusammenarbeit mit dem bicc (Bonn International Centre for Conflict Studies) betriebene Arms Control Database, die Fortschritte bei der Umsetzung der Silence the Guns 2030-Initiative erfassen soll, verzeichnet für Ruanda 24 Aktivitäten. Das Land liegt damit im afrikanischen Vergleich im Mittelfeld, aber hinter seinen Nachbarländern.

## **Bedrohung von Alliierten**

### **Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region**

Derzeit befinden sich alliierte Truppen nur in einem von Ruandas vier Nachbarländern. In der Demokratischen Republik Kongo sind im Rahmen der Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) Soldat:innen aus Tschechien (2), Frankreich (2), Polen (2), Rumänien (5), dem Vereinigten Königreich (3) sowie den USA (3) präsent.

Im Rahmen der Operation Crocodile, einer kanadischen Unterstützungsmission zur MONUSCO sind überdies acht kanadische Soldat:innen in der Demokratischen Republik Kongo stationiert. Angriffe der ruandischen M23 Proxy-Gruppe auf MONUSCO Personal in der jüngeren Vergangenheit betonen die Risiken deutscher Rüstungsexporte an Ruanda.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

### *Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Unterzeichnet, aber nicht ratifiziert	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Nicht beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Unterzeichnet, nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### **Kommentar**

Ruanda ist der Mehrzahl der wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen ohne Einschränkungen beigetreten. Die Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 hat Ruanda unterzeichnet, bisher jedoch nicht ratifiziert. Einzig der Konvention zur Markierung von Plastiksprengstoff ist Ruanda nicht beigetreten. Da es bisher nicht als Produzent von Plastiksprengstoffen in Erscheinung getreten ist, hat dies jedoch keine gravierenden negativen Auswirkungen. Laut dem Global Terrorism Index 2025 ist Ruanda nicht durch Terrorismus bedroht.

### **Internationale Kriminalität**

**Tabelle 14**

### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Ruanda ist allen relevanten internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Kriminalität beigetreten. Insbesondere im Kampf gegen die illegale Verbreitung und Ausfuhr von Klein- und Leichtwaffen ist es recht aktiv. So erließ das Land in 2009 ein Gesetz (Gesetz 33/2009), das zwar den privaten Besitz von Feuerwaffen erlaubt, diesen aber gleichzeitig regelt und eine verbindliche Registrierung der Waffen vorschreibt. Ruanda ist auch Mitglied des Regional Centre on Small Arms (RECSA), das den Kampf gegen die Proliferation von Klein- und Leichtwaffen in der Region der großen Seen und dem Horn von Afrika koordiniert. Zu den Aktivitäten von RECSA gehörte u. a. eine Initiative zur Markierung von Kleinwaffen. Einem Bericht des biccs zufolge gehörte Ruanda in dieser Initiative zu den Vorreitern. Seit 2016 führte RECSA in Kooperation mit ruandischen Sicherheitskräften vier Kurse zu Weapons and Ammunition Management (WAM) in Ruanda durch, um die Gefahr der Abzweigung von Waffen in Beständen der RDF zu vermeiden. Bekannte Kapazitäten zur eigenen Kleinwaffenproduktion besitzt Ruanda derzeit (noch) nicht.

Auch für den internationalen Drogenhandel spielt Ruanda nach Angaben des Global Organized Crime Index keine große Rolle. Dies liegt unter anderem an den sehr harten Drogen Gesetzen im Land, das bereits Cannabis als sehr starkes Betäubungsmittel einstuft. Artikel 263 des Gesetzes Nr. 68/2018 vom 30.08.2018 legt die Strafen für Herstellung, Besitz und Handel mit starken Betäubungsmitteln mit Freiheitsstrafen zwischen 20 Jahren und lebenslänglich sowie Geldstrafen zwischen 20 und 30 Millionen ruandischen Francs (ca. 20.000 bis 30.000 Euro) fest. Zudem setzt die ruandische Polizei vermehrt auf das Mittel des sogenannten Community Policing und die Neighbors' Eye (Ijisho ry'umuturanyi) Initiative, um den Drogenhandel und -konsum einzudämmen.

Das größte Problem im Bereich der organisierten Kriminalität in Ruanda bildet der Menschenhandel. Noch immer werden Menschen in Ruanda als Zwangsarbeiter:innen in Haushalten, der Landwirtschaft, dem Bergbau und im Dienstleistungssektor als ausgebeutet oder als Prostituierte in Hotels angeboten. Zwar existiert seit 2018 ein Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels, das Freiheitsstrafen von 10 bis 15 Jahren (20 bis 25 Jahre bei grenzüberschreitenden Straftaten) vorsieht, sowie eine dem Rwanda Investigation Bureau (RIB) unterstehende 15-köpfige Anti-Trafficking-Unit. Trotzdem sind diese Maßnahmen in der Praxis unzureichend. Nach dem Trafficking in Persons Report 2024 des US Department of State erfüllt die Regierung Ruandas trotz erheblicher Anstrengungen die Mindeststandards für die Beseitigung des Menschenhandels nicht vollständig. Nach dem Bericht verstärkte die Regierung zwar ihre Bemühungen, Opfer von Menschenhandel zu identifizieren und sie in Betreuungseinrichtung aufzunehmen. Was jedoch die Zahl der Ermittlungen bzw. der Verurteilungen im Bereich Menschenhandel 2021 angeht, blieben die Behörden hinter denen des Vorjahres zurück. Zudem verfüge die Regierung über kein Programm zur Unterstützung von Zeugen und keine Schutzräume für Opfer.

Die Präsidentenfamilie und die RPF kontrollieren weite Teile der ruandischen Wirtschaft durch ihre Holdinggesellschaft „Crystal Ventures“. Korruption ist zwar in den Institutionen wenig verbreitet, geht aber hauptsächlich von höheren Regierungsposten aus.

**Tabelle 15**  
**Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen**

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### UN-Berichterstattung

Ruanda hat 2001 seinen ersten und bisher einzigen Bericht gegenüber dem UN-Waffenregister UNROCA eingereicht. Darin werden einige Importe verzeichnet. Eigene Exporte tätigte das Land demnach nicht. Auch im Rahmen des UN-Registers für Militärausgaben übermittelte das Land bisher keine Daten.

Ruanda ist bis dato kein Mitglied des Internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT) und übermittelt daher auch keine Berichte. Das Land hat den Vertrag zwar 2013 unterzeichnet, bisher aber nicht ratifiziert. Der ehemalige Justizminister Johnston Busingye erklärte 2018 nochmals Ruandas Bekenntnis zum ATT. Warum die Ratifizierung bis heute aussteht, ist unklar. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet Ruanda dagegen seit 2018 regelmäßig im zweijährigen Turnus. Zuvor übermittelte es Berichte in den Jahren 2005, 2008 und 2010.

### Unerlaubte Wiederausfuhr

Wie bereits im Abschnitt über die [Politische Situation in der Region](#) dargelegt, bestehen enge Verbindungen zwischen Ruanda und der in der DRK operierenden M23. So legte die Expert:innengruppe der Vereinten Nationen für die Demokratische Republik Kongo dem UN Sicherheitsrat am 4. August 2022 einen geheimen Bericht vor, der etliche Beweise dafür aufführte, dass M23 Truppen nicht nur mit Ausrüstung wie Uniformen, Munition oder Waffen, sondern ihre Offensive auch direkt durch ruandische Truppen unterstützt wurden. Der UN-Sondergesandte für den Kongo, Bintou Keita, warnte den Sicherheitsrat bereits Ende Juni 2022, dass sich die M23 während ihrer jüngsten Offensiven zunehmend wie eine konventionelle Armee verhalten habe. Ein UN-Bericht vom 15. Dezember 2023 ordnet die RDF-Truppen im Kongo 5 verschiedenen Brigaden, sowie den Spezialeinheiten zu. Dazu kommt ein

Kampf/Aufklärungsteam aus 250 ex-FDLR Kämpfern unter dem Kommando des „Defence Intelligence Department“ (DID). Ruanda bestreitet jedoch jede Intervention in der DRK sowie die Unterstützung der M23.

In der iTrace Datenbank von Conflict Armament Research, die Fälle illegaler Wiederausfuhr dokumentiert, sind für Ruanda und die DRK keine Einträge vorhanden. Dennoch ist davon auszugehen, dass eine Weitergabe von Waffen an bewaffnete Gruppen in der DRK von Seiten Ruandas stattfand bzw. stattfindet. Da die kongolesische Armee seit Anfang 2024 auch chinesische CH-4 Drohnen gegen M23/RDF einsetzt und moderne ruandische Waffensysteme im Kongo lokalisiert wurden ist nicht auszuschließen, dass das Antidrohnsystem welches 2020/2021 aus Deutschland an Ruanda geliefert wurde auch im Kongo eingesetzt wird. Hier fehlen aber genauere Informationen bezüglich des Systems.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 11

#### **Auszug aus dem Transformationsatlas der Bertelsmann Stiftung 2024**

*From an economic standpoint, Rwanda had been experiencing steady growth by the time the COVID-19 pandemic occurred. GDP had been growing at an annual rate of about 7% throughout the period from 2010 to 2019, and GDP per capita is at a rate of 5%. As a result of the COVID-19 pandemic and its impact on the economy, Rwanda experienced a contraction of its GDP (-3.4%) in 2020. The Rwandan economy rebounded in 2021, with a GDP growth rate of 10.9%. The country's important structural constraints have remained unchanged. Rwanda is a landlocked country, which affects its transportation costs and its ability to compete with neighbors. It has a small resource base, which it has tried to transform by investing in the service sector. While it has made important headway in terms of restructuring its economy, major impediments continue to limit development – notably a modest level of industrialization, a small formal sector, high levels of unemployment or underemployment, and a high level of dependency on foreign aid. Most Rwandans continue to live in rural areas and to live off subsistence farming on decreasing quantities of land. Poverty rates are therefore high – even higher than the government estimates, according to some researchers. Most Rwandans have little formal education and few labor skills to contribute to the type of economy the Rwandan government aims to set up. Economic disparities increasingly overlap with socioeconomic – especially urban-rural – and ethnic divides, which makes the combination a source of frustration, especially among those not privileged or as privileged by the Rwandan government's policies. These include subsistence farmers, as well as youth working in the informal sector in cities. In addition, the party's impact on the economy remains significant. The president and his top advisors advocate for an authoritarian developmental state. Consequently, a group of favored businesses overseen by the military and the ruling party has extended its control over the market. In rural regions, the government has exerted considerable influence over the agricultural sector by way of cooperatives managed by local administrators who are predominantly loyal to the ruling party. Despite the Rwandan government's claim to espouse liberal and market-oriented policies, it continues to exert substantial influence over the economy and market.*

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/RWA>

**Tabelle 16**

**Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)**

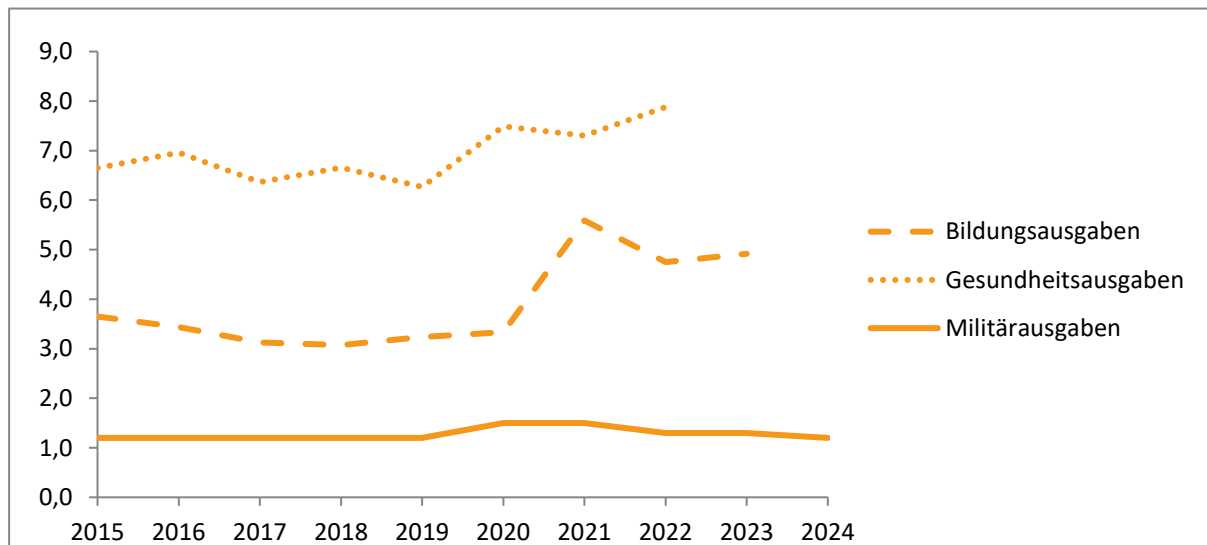
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	171	201	189	179	191
Militärausgaben/BIP	1,5	1,5	1,3	1,3	1,2
Gesundheitsausgaben/BIP	7,5	7,3	7,9	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,3	5,6	4,7	4,9	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

**Schaubild 6**

**Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)**



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

**Tabelle 17**

**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	6515	8194	9318	9690	11384

	2019	2020	2021	2022	2023
Anteil am BIP (in Prozent)	63	80,5	84,1	72,8	79,4
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	588,44	584,51	631,29	540,27	-
Net ODA (% of GNI)*	5,6	5,73	6,08	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	46,21	59,93	94,36	62,49	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio. US\$) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

**Tabelle 18**

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	96,9	96,7	98,4	97,6	97,0
Index-Platzierung	77	78	75	75	77

**Tabelle 19**

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Uganda	Militarisierungswert	104,1	102,0	93,6	93,3	94,2
	Index-Platzierung	69	70	81	80	79
Burundi	Militarisierungswert	108,1	100,9	108,9	118,8	122,7
	Index-Platzierung	60	74	55	52	48
Tansania	Militarisierungswert	71,6	70,9	65,8	66,5	64,7
	Index-Platzierung	112	113	113	114	122
Kongo, Dem. Rep.	Militarisierungswert	59,0	51,4	50,4	68,0	71,0
	Index-Platzierung	127	137	135	112	108

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Center for Conversion (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Dem. Rep. Kongo	Militärausgaben (absolut)	415	347	390	794	935
	Militärausgaben/BIP	0,7	0,5	0,6	1,1	1,2
Uganda	Militärausgaben (absolut)	1135	1155	966	977	1090
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,3	1,8	1,8	1,9
Tansania	Militärausgaben (absolut)	728	786	875	946	966
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Burundi	Militärausgaben (absolut)	82	79	102	145	160
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,0	2,6	3,4	3,8

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

**Human Development Index (HDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,550	0,555	0,562	0,570	0,578
HDI-Wert (Männer)	0,568	0,568	0,568	0,568	0,568
HDI-Wert (Frauen)	0,531	0,537	0,537	0,545	0,552
GDI-Wert	0,934	0,934	0,934	0,934	0,934

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

**Frauen in Wirtschaft und Politik**

Ruanda erreicht mit einem Gender Development Index (GDI) von 0,922 ein mittleres Niveau von Geschlechtergleichheit hinsichtlich wichtiger Entwicklungsindikatoren (Frauen: HDI-Wert von 0,552, Männer von 0,599). Der GDI setzt die HDI-Werte beider Geschlechter – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen – ins Verhältnis

zueinander; ein Wert von 1 steht für vollständige Gleichstellung. Der GDI verdeutlicht insbesondere die weitgehend vergleichbaren Voraussetzungen im Bildungsbereich. Frauen besuchen durchschnittlich 4,5 Schuljahre und damit 0,8 Jahre kürzer als Männer mit 5,3 Jahren. Jedoch haben Frauen eine fast 5 Jahre längere Lebenserwartung. Die Alphabetisierungsrate unterscheiden sich leicht zugunsten der Männer (81 % gegenüber 77 %).

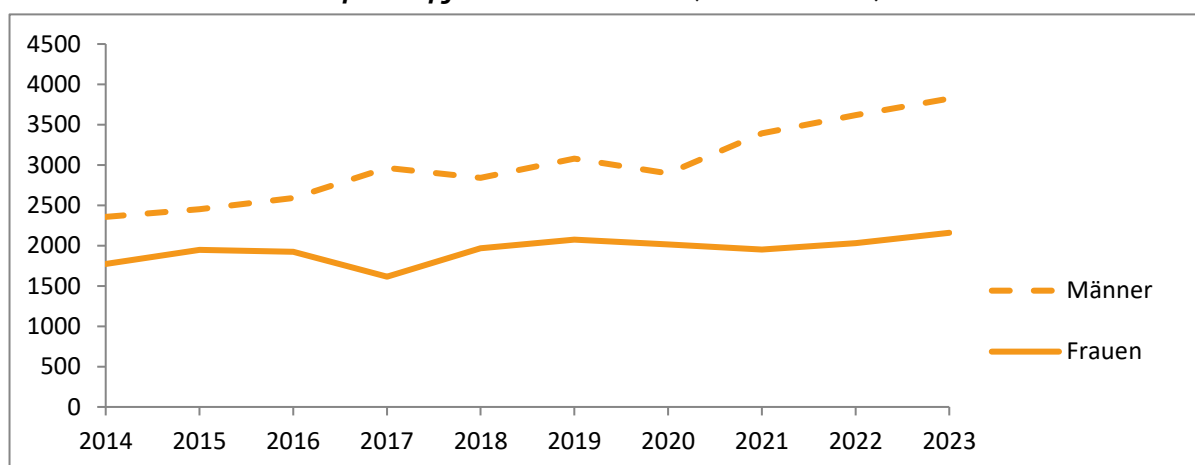
Bei der Erwerbsquote zeigen sich hingegen deutliche Unterschiede: 2025 nahmen 57 % der Frauen am Arbeitsmarkt teil. Dieser Wert liegt zwar über dem globalen Durchschnitt, bleibt jedoch deutlich unter dem der Männer mit 71 %. Diese Differenz spiegelt sich im Pro-Kopf-Einkommen wider. Frauen erreichen ein kaufkraftbereinigtes Bruttonationaleinkommen von 2.159 US-Dollar, während Männer mit 3.824 US-Dollar ein um 1.664 US-Dollar höheres Einkommen erzielen. Damit verdienen Frauen durchschnittlich nur rund 56,5 % von dem, was Männer verdienen. Problematisch ist vor allem, dass sich diese Ungleichheit in der vergangenen Dekade deutlich verschärfte (siehe Schaubild 7).

Bei der politischen Repräsentation ergibt sich ein differenziertes Bild. Frauen stellen 26,3 % der Kabinettsmitglieder (5 von 19). Im Parlament und im Senat sind sie hingegen stärker vertreten als Männer: 63,8 % der Abgeordneten im Parlament (51 von 81) und 53,9 % der Senatsmitglieder (14 von 26) sind Frauen. Mit diesen Anteilen weist Ruanda weltweit den höchsten Frauenanteil im Parlament auf. In der Privatwirtschaft besetzen Frauen zudem 28,1 % der Top-Management-Positionen.

Das Weltbankprogramm World Bank Women, Business and the Law (WBL) 2.0 bewertet gesetzliche Rahmenbedingungen, deren praktische Umsetzung sowie staatliche Unterstützungsstrukturen zur Gleichstellung. Ruanda erreicht bei den rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen 71 von 100 Punkten, liegt damit über dem globalen Durchschnitt (67) und erreicht somit ein mittleres bis gehobenes Niveau. Unterstützende Rahmenbedingungen erzielen 70 Punkten und übertreffen ebenfalls den weltweiten Durchschnitt (47) deutlich. Der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung beträgt 56 von 100. Insgesamt verfügt Ruanda damit über rechtliche und institutionelle Unterstützungsmaßnahmen auf mittlerem bis hohem Niveau, während bei der praktischen Umsetzung weiterhin Verbesserungsbedarf besteht.

## Schaubild 7

### Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index; <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/RWA>

**Zusammenfassung zu Kriterium 8d:**

Ruanda gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 1.040 US-Dollar (2024) zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index belegt es Platz 100 von 141 Staaten. Ruanda ist hoch verschuldet und gehört zu den ärmsten Ländern weltweit. Den Human Development Index Kategorien zufolge weist es 2021 eine „niedrige menschliche Entwicklung“ auf. Es zählt zu den sogenannten Least Developed Countries (LDC) und steht hinsichtlich der Erreichung zahlreicher Sustainable Development Goals vor erheblichen Herausforderungen.

Während Ruanda in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 7,6 %/BIP ins Gesundheits- und 4,6 % ins Bildungssystem investierte, beliefen sich die Militärausgaben auf durchschnittlich 1,4 %. Die vergleichsweise niedrigen Militärausgaben kommen wahrscheinlich dadurch zustande, dass sich das Militär durch eigene ökonomische Aktivitäten aber auch UN-Missionen querfinanziert. Die Daten sind daher mit Vorsicht zu genießen und die wahren Ausgaben dürften deutlich höher liegen. Auf dem Globalen Militarisisierungsindex (GMI) 2025 belegt Ruanda Platz 77 von 149 Staaten, was einer moderaten Militarisisierung entspricht.

**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Laut Weltbank gehört Ruanda mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 1.040 US-Dollar im Jahr 2024 zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Erklärtes Ziel der RPF-Regierung ist es, das Land bis 2035 in eine „middle income economy“ und bis 2050 in eine „high income economy“ zu transformieren, was wohl eher ambitioniert ist. Ruanda zählt zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2023 79,4 Prozent, was sehr hoch ist. Aktuell schuldet es dem IWF (Internationalen Währungsfonds) ca. 595 Mio. US-Dollar. Auf dem Global Competitiveness Index erreichte Ruanda 2019 52,8 von 100 möglichen Punkten und rangiert damit auf Platz 100 von 141 Staaten. Auf demselben Ranking lag Deutschland 2019 auf Platz 7.

Ruanda weist eine ambitionierte Entwicklungsagenda auf, die insbesondere auf ein großes Programm zur Wirtschaftsförderung setzt. Im Jahr 2017 erließ die Regierung ein Sieben-Jahres-Programm (National Strategy for Transformation, NST1), das Entwicklungsziele fest-schrieb. Dieses sieht u. a. ein Wirtschaftswachstum von 11,5 Prozent sowie Wachstumsraten im Agrarbereich von 8,5 Prozent, in der Industrie von 14 Prozent und im Dienstleistungsbe-reich von 7,5 Prozent vor. Zudem sollen jährlich über 200.000 neue Jobs geschaffen werden. Ruanda verzeichnete in den letzten zehn Jahren relativ konstant gute BIP-Wachstumsraten; eine Ausnahme bildet 2020, als Ruanda einen Negativwert von -3,4 Prozent im Zuge der CO-VID-19-Pandemie erfuhr. Im Folgejahr erholte sich das BIP-Wachstum jedoch wieder (10,9 Prozent) und 2024 betrug es 8,9 Prozent. Damit erfüllt Ruanda jedoch seine Zielsetzung von 11,5 Prozent BIP-Wachstum derzeit nicht. Der Großteil der Exportleistung Ruandas waren 2023 Serviceleistungen im Tourismus, Business, und Transport (47,3%) wie der Export von Gold (32,9%). Die Vereinigten Arabischen Emiraten sind mit 64,62% das mit Abstand wichtigste Empfängerland ruandischer Exporte. Darauf folgt China mit 9,47% und die USA mit 2,82%. Der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP liegt 2024 bei knapp einem Viertel (24,6 Prozent). Arbeiteten 2013 noch 73 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft, waren es 2023 55 Prozent, was jedoch immer noch ein sehr großer Anteil ist.

## Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,578 rangiert Ruanda auf Platz 159 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2023 und zählt damit in den HDI-Kategorien zu den Ländern mit einer „mittleren menschlichen Entwicklung“. Deutschland liegt 2023 auf dem fünften Platz. Laut Gender Development Index (GDI) gehört Ruanda mit einem Wert von 0,922 zu den Ländern mit „mittlerer bis hoher“ Gleichheit in den HDI-Ergebnissen zwischen den Geschlechtern. Ruanda gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug der Weltbank zufolge 2023 9,9 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit in Ruanda belief sich 2024 auf 11,3 Prozent, was ein hoher Anteil ist. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt noch darüber: 2024 waren 16,6 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Dementsprechend steht Ruanda hinsichtlich der Erzielung von Sustainable Development Goal (SDG) 8 („decent work and economic growth“) laut Sustainable Development Report vor erheblichen Herausforderungen. Ruanda ist eins der ärmsten Länder weltweit. 2024 lebten 38 Prozent der Ruander:innen in extremer Armut mit maximal 3,00 US-Dollar am Tag. Folglich attestiert auch der Sustainable Development Report, dass Ruanda hinsichtlich der Erreichung von SDG 1 („no poverty“) vor großen Herausforderungen steht, während der entsprechende Score auch noch stagniert. Ähnlich sieht es hinsichtlich SDG 2 („zero hunger“) aus, wo insbesondere der Indikator zu Unterernährung große Herausforderungen für Ruanda sieht, der entsprechende Score sich aktuell aber verbessert. Mit erheblichen Herausforderungen sieht sich Ruanda u. a. auch in Hinblick auf SDG 3 („good health and well-being“), 4 („quality education“), 5 („clean water and sanitation“) und 10 („reduced inequalities“) konfrontiert. In Hinblick auf SDG 10 ist auf den hohen Gini-Koeffizienten von 39,4 (2023) zu verweisen, den Ruanda auf dem Gini-Index, welcher die Ungleichheit in einem Land misst, erzielt.

In der Tat wurden jedoch in einigen Bereichen auch große Fortschritte erzielt. So stieg etwa die Lebenserwartung deutlich von 31 Jahren 1995 auf 66 Jahre 2021. Damit liegt sie deutlich höher als in den Nachbarländern Uganda (63 Jahre) und der Demokratischen Republik Kongo (61 Jahre). Auch die Säuglingssterblichkeit konnte auf 18 pro 1.000 Geburten 2023 gesenkt werden. Damit nähert sich Ruanda zwar bei der Säuglingssterblichkeit zwar der Zahl 12 an, die nach den UN in SDG 3 bis 2030 angestrebt wird, jedoch liegt Ruanda 2023 mit einer Kindersterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren mit 40 pro 1.000 Lebendgeburten weit über dem SDG-Ziel von 25. Das ruandische Gesundheitssystem zählt trotzdem zu den besten Afrikas. Ruanda verfolgt ein universelles Versorgungsmodell, das auf einem verpflichtenden, gemeinschaftsbasierten Krankenversicherungssystem, den *mutuelles de santé*, beruht. Mitglieder der Kommunen zahlen dabei in einen lokalen Gesundheitsfonds ein, aus dem die medizinische Versorgung gezahlt wird. Bei den Beiträgen gilt ein Solidarprinzip, bei dem Wohlhabende höher belastet werden, während die Ärmsten medizinische Leistungen kostenlos in Anspruch nehmen können. Auch im Bereich der Bildung machte Ruanda Fortschritte. Ruanda besitzt eine Schulpflicht für die sechsjährige Grund- und die ersten drei Jahre der Sekundärschule. Kinder dürfen demnach neun Jahre kostenlos die Schule besuchen. Nach offiziellen Statistiken des National Institute of statistics of Rwanda schlossen 2019 95 Prozent der Schüler:innen die Grund- und 86 Prozent die ersten drei Jahre der Sekundärschule erfolgreich ab. Die offiziellen Betreuungszahlen liegen dabei offiziellen Angaben zufolge bei 30 Schüler:innen pro Lehrkraft. Laut UNICEF sind die Betreuungszahlen in den Grundschulen jedoch deutlich höher. UNICEF zufolge bleibt die Zahl der qualifizierten

Lehrer:innen eindeutig hinter dem Bedarf zurück, wodurch der Betreuungsschlüssel in den Grundschulen auf 63 Schüler:innen pro Lehrkraft stieg und die Abschlussquote auf 71 Prozent sank. Das Fachpersonal für Schulen fehlt auch deshalb, weil die offizielle Anzahl der Studierenden in der Tertiärbildung mit 739 pro 100.000 Einwohner:innen noch recht niedrig ist. Hier erzielte Ruanda über die letzten Jahre kaum Fortschritte.

Während Ruanda in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 7,6 Prozent/BIP ins Gesundheitssystem und 4,6 Prozent/BIP ins Bildungssystem investierte, beliefen sich die Militärausgaben auf durchschnittlich 1,4 Prozent/BIP. Die vergleichsweise niedrigen Militärausgaben kommen wahrscheinlich dadurch zustande, dass sich das Militär durch eigene ökonomische Aktivitäten aber auch UN-Missionen querfinanziert. Die Daten sind daher mit Vorsicht zu genießen und die wahren Ausgaben dürften deutlich höher liegen. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025, welcher misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist, belegt Ruanda Platz 77 von 149 Staaten, was einer moderaten Militarisierung entspricht.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

